

Kirchensteuern sollen durch ein kircheninternes Beitragssystem ersetzt werden; der konfessionsgebundene Religionsunterricht in den Schulen ist abzuschaffen; die wissenschaftliche Theologie an den staatlichen Universitäten soll von „kirchlicher Kontrolle und Bevormundung“ befreit werden; in allen kirchlichen Einrichtungen, die nicht der christlichen Verkündigung dienen, sollen Mitbestimmungsrechte für die Arbeitnehmer „eingeführt“ werden.

Interessant ist die Entstehungsweise des Papiers der Grünen, die der des ehemaligen FDP-Papiers gleicht wie ein Auge dem anderen. Damals waren es die Jungdemokraten Nordrhein-Westfalens; diesmal war es der Kreisverband Rastatt/Baden-Baden, der das Thema in Gang brachte. Laut Protokoll waren es nicht mehr als 20 Mitglieder, die dem Papier dort zustimmten, und dennoch gelang es, die Sache auf dem Parteitag durchzusetzen: allerdings, wie damals in der FDP auch, nach teilweise heftiger interner Kritik und nur als wesentlich entschärfter Kompromiß, bei dem der Landesarbeitskreis „Christen bei den Grünen“ sich perspektivisch mehr durchsetzen konnte als bei einzelnen Inhalten.

Auch inhaltlich gibt es nicht nur Parallelen zu damals, sondern *fast durchgängig Übereinstimmung*: jedenfalls zwischen den ursprünglichen Thesen der Jungdemokraten und dem Papier aus Rastatt/Baden-Baden. Etwas deutlichere Unterschiede lassen sich zwischen den Beschluß-Papieren ausmachen. Im Unterschied zum seinerzeitigen FDP-Papier wird zwar wie dort auch die staatliche Eintreibung von Kirchensteuern abgelehnt, aber der öffentlich-rechtliche Status der Kirche wird im Beschlußpapier überhaupt nicht mehr angesprochen, während das FDP-Papier den Kirchen diesen Status nehmen und sie im Rahmen eines neu zu schaffenden Verbandsrechtes von rein privaten Vereinen abheben wollte. Und während das FDP-Papier den Religionsunterricht als ordentliches Schulfach belassen wollte, soll nach dem Willen der baden-württembergischen Grünen nicht nur der Religionsunterricht als ordentliches

Lehrfach fallen, sondern „religiöse Erziehungsaufträge“ von der Schule überhaupt verbannt werden.

Es spricht einiges dafür, daß der nur leicht variierten Initiative der Grünen das gleiche Schicksal widerfahren wird wie einst dem FDP-Papier. Der öffentliche Status der Kirchen ist nach wie vor nicht allzu gefährdet. Die – im Sinne der Grünen – „Altparteien“ haben kein Interesse, daran zu rühren. Die Kooperationsstrukturen sind gut eingespielt, trotz Problemen im einzelnen und Unbehagen in diesem oder jenem Punkt. Aber selbst unter den Grünen wird das Staat-Kirche-Verhältnis unterschiedlich eingeschätzt, halten sich solche, die Gesellschaft und Staat säkularistisch und im Ergebnis antiliberal vereinheitlichen wollen, und solche, die, ob kirchlich gebunden oder nicht, in den Kirchen einen wichtigen Faktor der Pluralität innerhalb einer wirklich freiheitlichen Gesellschafts- und Staatsordnung sehen, die Waage. Die Kirchen können angesichts solcher Papiere deshalb souverän und gelassen bleiben.

Zudem ist nicht alles dumpfer Antiklerikalismus, was im Papier der Grünen steht, jedenfalls nicht in dem in Schwäbisch-Hall verabschiedeten. Gar von einem „törichtem Angriff auf die Verfassung“ zu sprechen, wie es als Reaktion auf das Papier das katholische Büro in Stuttgart tat, ist reichlich schief. Abgesehen davon, daß sich Kirche so unnötig in die Defensive manövriert, müssen die Kirchen auch nach vorne schauen und an das denken, was in 30 oder 40 Jahren sein kann. Die Kirchensteuer ist kein Dogma, und ob die theologischen Fakultäten und der Religionsunterricht eine Zukunft haben, hängt weniger von einem Grünen-Papier als von der Frage ab, wieweit auf die Dauer beides – personell und inhaltlich – von den Kirchen ausgefüllt werden kann. Auch sonst läßt sich über vieles im Verhältnis von Kirche und Staat reden: von der Wehrdienstbefreiung von Priesteramtskandidaten und der bundesdeutschen Konstruktion der Militärseelsorge bis zum kirchlichen Dienstrecht außerhalb des pastoralen Dienstes: nicht gegen die Kirchen, sondern zur Stärkung ihrer Glaubwürdigkeit. *se*

## Reaktionen

### Zu Oskar Lafontaines Deutschtümelei-Vorwurf

Seitdem Oskar Lafontaine stellvertretender Vorsitzender und Kanzlerkandidat in spe seiner Partei ist, geht er keinem Streit mehr aus dem Weg und drückt sich auch – ob Sonntagsarbeit, Arbeitszeitverkürzung ohne (vollen) Lohnausgleich oder jetzt die Aussiedler – an keinem Tabu mehr vorbei. Er zeigt dabei beträchtlich viel Talent, sich über Gegenwarts- und Zukunftsfragen im Gespräch zu halten. Es scheint ihm nicht viel auszumachen, wenn er selbst nach dem Geschmack der eigenen Parteifreunde gelegentlich haarscharf danebengreift. Als guter Kenner der politischen Psyche tut er es meist absichtlich.

So mag es auch neulich gewesen sein, als er, Vergleiche ziehend zwischen Asylanten und Aussiedlern resp. zwischen den Reaktionen auf Erstere und denen auf Letztere in der bundesdeutschen Öffentlichkeit, vor „Deutschtümelei“ warnte, als er bekannte, er habe „gewisse Probleme mit einer überbetonten Verpflichtung, Deutschstämmige in der vierten oder fünften Generation aus Osteuropa aufzunehmen“. Lafontaine übersah die besondere Verantwortung der Bundesrepublik gegen Menschen deutscher Volkszugehörigkeit in osteuropäischen Ländern. Diese besondere Verantwortung ergibt sich in erster Linie gar nicht aus der deutschen Volkszugehörigkeit, sondern aus der Tatsache, daß z. B. bei den Wolgadeutschen, aber auch bei deutschstämmigen Oberschlesiern das Dritte Reich indirekt Mitverursacher ihrer Unterdrückung bzw. im Falle der Wolgadeutschen ihrer gewaltsamen Umsiedlung hinter den Ural war. Und mit dem Vergleich Asylanten–Aussiedler wollte er wohl nicht nur gegen deutsche Ängste vor Einwanderern aus Dritte-Welt-Ländern angehen, sondern vermutlich wie wenige Tage später der Stuttgarter Ober-

bürgermeister *Manfred Rommel* auch indirekt für Kontingentierung sowohl von Asylanten wie von Aussiedlern plädieren.

Dennoch hätte Lafontaine sachlichere Antworten verdient, als sie insbesondere von den Unionsparteien und dort gleich von höchster Stelle, vom Bundeskanzler persönlich, kamen. So demagogisch manches an der Argumentation des saarländischen Ministerpräsidenten war, seine Warnung vor übertriebener Deutschtümelei war gewiß nicht überflüssig. An diesem Vorwurf ist ganz und gar nichts Ekel-erregendes. Im Gegenteil! Die Union, ob in Bonn oder München, täte gut daran, darüber nachzudenken, ob sie mit ihrer restriktiven Ausländerpolitik und ihren Verbeugungen vor deutsch-nationalen Strömungen sich in der Aussiedlerfrage nicht selbst ein Bein gestellt hat.

Wer nicht nur „Wirtschaftsasyllanten“, sondern Ausländer überhaupt möglichst fernhalten will, wie soll der dem schlichten Bürger begreiflich machen, daß Deutschstämmige, die ihr Deutsch vielfach erst lernen müssen, auf jeden Fall eine nationale Aufgabe seien. Es ist höchste Zeit, darüber nachzudenken und auch darüber, daß den Deutschen in osteuropäischen Ländern durch die Forderung nach konsequentem Minderheitenschutz mehr gedient ist als durch Massenausiedlung. Man wüßte gern, warum die Bundesregierung, wenn es um Menschenrechte geht, selbst gegenüber Ceausescu so kleinlaut ist. se

## Fälschung?

*Das Turiner Grabtuch stammt aus dem 14. Jahrhundert*

Ist die katholische Kirche – wieder einmal – in der Hand jener nachkonziliaren buchhalterischen Rationalisten, die – historisch-kritisch, wie es das herrschende Wissenschaftsideal nahelegt – die Menschen um das ihr Leben bereichernde Mysterium bringen? So

mochte es manchem erscheinen, als Mitte Oktober der Turiner Erzbischof Kardinal *Anastasio Ballestrero* offiziell das Ergebnis einer Untersuchung des Turiner Grabtuches bekanntgab, das zuvor bereits inoffiziell durchgesiebert war: Mit 95prozentiger Wahrscheinlichkeit ist demnach das Grabtuch in der Zeit zwischen 1260 und 1390 hergestellt worden – so ergab es eine Radiocarbon-Untersuchung von drei unabhängig voneinander arbeitenden Universitätsinstituten in Oxford, Tucson (USA) und Zürich.

Interessant an diesem Vorgang ist weniger das Ergebnis der naturwissenschaftlichen Untersuchung: Ein Historiker dürfte aufgrund der Kriterien, die ihm zur Verfügung stehen, zu einem ähnlichen Ergebnis kommen, wenn auch nicht mit jenem naturwissenschaftlich verbürgten Grad der Wahrscheinlichkeit. Bemerkenswert an diesem Ereignis ist das große allgemeine Interesse in den Medien sowie das Ausmaß der kritischen Reaktionen in den Leserbriefspalten großer Zeitungen, etwa in Italien. Die einen versuchen, die Aussagekraft der angewandten Methode mit z. T. abenteuerlichen Argumenten in Zweifel zu ziehen. Andere zeigen sich schockiert vom Ergebnis, wieder andere sichtlich irritiert. *Hanno Kühnert* in der ZEIT: „Der kleine Junge, der das Bildnis viele Jahre mit Ehrfurcht betrachtete und das Wunder dieses photographischen Negativs bestaunte, als er die Zusammenhänge des Leichentuchs von Turin begriff, ist heute, vierzig Jahre später, traurig“. Weitere wissenschaftliche Untersuchungen sind angesagt – von einem Ende der Auseinandersetzungen kann also noch keine Rede sein.

Dies alles ist nur plausibel vor dem Hintergrund der Tatsache, daß Erforschung wie Verehrung des Grabtuches und vor allem die Verbindung von beidem seit langem ein Ausmaß erreicht haben, das weit über das hinausreicht, was vergleichbare Reliquien und Heiligtümer aufweisen können. Das Tuch von Turin scheint vielen einen sonst so nicht möglichen, unverstellten Zugang zur Person Jesu zu eröffnen. Die Rolle des Gesichts als ein die Identität eines

Menschen in besonderer Weise ausdrückendes Detail dürfte dabei eine große Rolle spielen. Man nähert sich mit ihm im übrigen nicht nur der Historizität und Physiognomie Jesu, sondern obendrein dem sich jeder konkreten Vorstellung entziehenden Auferstehungsglauben – siehe Johannes 20, 6f. Und für den „reinen“ Wissenschaftler ebenso wie für den an Übersinnlichem Interessierten ist das Tuch schon wegen seiner bis heute ungeklärten Entstehungsgeschichte und mancher auffälliger Eigenschaften ein dankbares Forschungs- bzw. Verehrungsobjekt.

Die eigentlichen Rationalisten in diesem Streit sind jedoch nicht diejenigen, die sich mit den heute zur Verfügung stehenden Mitteln um Aufschluß in der Frage bemühen, aus welcher Zeit das Grabtuch denn nun wirklich stammt. Ihnen geht es ja auch nicht darum, in Siegerpose alle jene ins Unrecht gesetzt zu sehen, die bislang an die Historizität des Tuches geglaubt haben: So lehnt der Physiker und wissenschaftliche Berater des Turiner Erzbischofs, *Luigi Gonella*, es ab, von einer „Fälschung“ zu sprechen. Ob dieses Tuch tatsächlich mit der Absicht, einen Gegenstand zu fälschen und Gläubige damit zu täuschen, hergestellt wurde, ist nicht erwiesen. Auch der viel zitierte Brief von *Pierre d'Arcis*, Bischof von Troyes, an Papst Clemens VII. von Ende 1389 spricht von der tatsächlichen Verwendung des Bildes und weiß wenig über die Umstände von dessen Entstehung bzw. die Motive dessen, der es geschaffen hat.

Eine fragwürdige Wissenschaftsgläubigkeit herrscht demgegenüber dort, wo partout versucht wird, mit naturwissenschaftlichen Methoden einem Mysterium auf die Spur zu kommen, das nicht selten mit der Unerklärbarkeit einiger Eigenschaften dieses Tuches verwechselt werden dürfte. Für diese Personengruppe muß das Untersuchungsergebnis einen Schock bedeuten. Für die übrigen – unter ihnen der Turiner Ortsbischof – bleibt das Bild – und das ist nicht wenig – Hinführung zu einer mystischen Begegnung mit dem leidenden Christus. nt